

Gegen den Austritt aus dem Bundesrat : Stellung halten!

Autor(en): **Tschudi, Hans Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Privatindustrie. Der Bund gab 1982 Beschaffungen im Wert von 2,4 Milliarden Franken an die inländische und von 742 Millionen Franken an ausländische Auftragnehmer der Privatindustrie in Auftrag. Das Ausland erwähne ich wegen unserer historisch verbürgten internationalen Solidarität. Dieses Beschaffungsvolumen hat natürlich Auswirkungen auf die Vertragsverhandlungen der Gewerkschaften. Als Regierungspartei bleibt die SPS auch aus diesem Grunde für die Gewerkschaften ein wertvoller Partner. Sollen wir diese Position ändern freiwillig überlassen?

Ein anderer Bereich, der unsere Partei seit langem beschäftigt und in dem wir seit vielen Jahren dank unserer Regierungsbeteiligung viel bewegen konnten, ist die Entwicklungshilfe. Wir alle wissen, dass manche engere Verbindungen zwischen Hilfe und Aussenhandelsgeschäft herstellen wollen, als sie heute bestehen. Wir müssen beim Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe bleiben. Wir hätten es auch nicht gerne gesehen, wenn der russische Zar im letzten Jahrhundert der Schweiz die zu führende Politik vorgeschrieben hätte, als er der jungen Demokratie Entwicklungshilfe in Form von Weizenlieferungen leistete.

Ein letztes: 1950 waren 35,8 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor beschäftigt. 1980 waren es 55,0 Pro-

zent. Das entspricht einer Zunahme um 19,2 Prozent. Das sind die neuen Mittelschichten, die wir ansprechen müssen und die wir für unsere Anliegen dazugewinnen wollen. Viele sind schon zu uns gekommen. Aber ein viel grösserer Teil davon steht abseits und versteht unsere Sprache nicht. Um sie sollten wir uns vermehrt bemühen.

Ich komme zum Schluss: das ist keine erschöpfende Aufzählung aller Probleme. Aber weder die erwähnten noch die vielen andern können wir mit einem Regierungsaustritt lösen. Die Sozialdemokratische Partei ist als Regierungspartei in die Wahlen vom Oktober 1983 gegangen. Wir sollten deshalb Sorge tragen zu unserer Glaubwürdigkeit. Diese verstärken wir nicht,

wenn wir uns jetzt des Wählerauftrages so kurz nach den Wahlen entledigen.

Ein letztes: Regierungsbeteiligung ist eng verknüpft mit guten Beziehungen zur Partei. Wir erreichen unsere Ziele nur, wenn wir zusammenarbeiten. Voraussetzung dazu ist eine gestärkte Verhandlungsfähigkeit. Und diese erreichen wir, wenn wir ein verlässlicher Regierungspartner bleiben.

Ich rufe euch deshalb auf, im Interesse unserer Partei und unserer Wähler für die Weiterführung der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei zu stimmen. Gegenseitiges Vertrauen und Solidarität in den eigenen Reihen sind die wichtigen Voraussetzungen dazu.



*Bundesrat Stich und Parteipräsident Hubacher.
Den Kaktus schenkten die welschen Genossinnen.*

Gegen den Austritt aus dem Bundesrat

Stellung halten!

Von Hans Peter Tschudi, alt Bundesrat, Basel

Ich danke euch für die Einladung als Gast zum Parteitag. Sie dürfen versichert sein, dass

ich nicht beabsichtige, Karriere zu machen. Wenn ich mich an dieser Diskussion beteilige, so

deshalb, weil ich mich für verpflichtet halte, euch von meinen Erfahrungen Kenntnis zu geben. Ich spreche in völligem Einvernehmen mit den Genossen Willy Spühler und Pierre Graber.

Die SP hat seit 1920 immer ungefähr den gleichen Wähleranteil. So lange wir in der Opposition waren, bis zum 2. Welt-



Hans Peter Tschudi mahnt zum Verbleib.

krieg, hat unsere Sozialpolitik stagniert. Die Schweiz ist im Vergleich zu anderen Industriestaaten in einen deutlichen Rückstand geraten. Seit unserer Regierungsbeteiligung haben wir diesen Rückstand eingeholt. Doch bleibt in der Sozialpolitik manches zu verwirklichen.

Ernst Nobs hat als Finanzminister entscheidend zur Schaffung der AHV beigetragen, weil er Bundesmittel zur Verfügung gestellt hat. Durch die Revisionen ist der soziale Charakter der AHV und der IV wesentlich verstärkt worden. Die Mindestrente ist heute 17mal höher als zu Beginn, die Höchstrente nur 11mal. In dieser sozialen Richtung muss es weitergehen. Nicht der jämmerliche Vorschlag der AHV-Kommission für eine 10. Revision darf verwirklicht werden. Ich bin überzeugt, dass dieser klägliche Entwurf vom Bundesrat, nicht vom Parlament, in den Papierkorb geworfen werden wird.

Nicht nur die Betagten, sondern auch die Jungen werden berücksichtigt. In Zusammenarbeit mit der Studentenschaft haben wir die Beteiligung des Bundes an den Stipendien vorgeschlagen und damit die Ausbildungschancen der jungen Generation verbessert. Heute

ist diese soziale Errungenschaft gefährdet. Sie muss verteidigt werden. Dies wären Beispiele für die von Peter Bichsel geforderten Signale.

Viele Befürworter des Austritts anerkennen diese Fakten, doch verweisen sie auf die heutige schwierige Situation. Tatsächlich entsprachen manche Entschiede nicht unseren Vorstellungen.

Unbestritten ist, dass die Vorschläge des Bundesrates oft deutlich besser waren als die Beschlüsse des Parlaments. Es wäre verhängnisvoll, aus dem Bundesrat auszutreten und damit auch diese Behörde auf eine reaktionäre Politik umzustellen. Im Gegenteil, wir müssen uns bemühen, unsere Positionen zu verstärken. Ich bin mit allen Vorschlägen für eine offensivere Politik einverstanden; doch kann diese nicht beginnen mit dem Verzicht auf die Mitsprache im wichtigsten Staatsorgan. Damit hätten Prof. Wittmann und seine neokonservativen Kollegen endlich den Erfolg, der ihnen die soziale

Demontage erlauben würde, und zwar mit Hilfe unserer Partei! Wohl wird eingewendet, wir würden uns mit Referenden zur Wehr setzen. Hoffentlich! Mir genügt aber das Referendum nicht, weil es alles beim alten belässt. Unsere Partei will und muss Neues schaffen. Beispiele sind heute öfters genannt worden: Umweltschutz, Sozialpolitik, Bildung und Forschung. Die Gesetzesentwürfe werden vom Bundesrat den eidgenössischen Räten vorgelegt. In der Regierung werden bereits die entscheidenden Weichen gestellt. Dort müssen wir Einfluss ausüben. Bei unserer Minderheitsposition lassen sich wohl nur Teilerfolge erzielen; doch diese sind wichtig und positiv für die kleinen Leute. Zwei gründlich vorbereitete und gut zusammenarbeitende sozialdemokratische Bundesräte können im Siebner-Kollegium manches durchsetzen und anderes verhindern. Dies ist meine Erfahrung. Darum mein Rat:

Haltet diese Stellung!

Für den Austritt aus dem Bundesrat

Hoffnung schaffen!

Von Toya Maissen, Journalistin, Basel

Endlich, liebe Genossinnen, liebe Genossen, sind wir unter uns, bei aller Öffentlichkeit, der wir auch hier ausgesetzt sind, endlich können wir uns darüber aussprechen, wohin unser Weg, der Weg der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in nächster Zukunft führen wird.

Morgen werden wir abstimmen. Dabei wird es Überlegene und Unterlegene geben. Ich hoffe für uns alle, dass es keine Triumphierenden geben wird. Wie auch immer, wir haben *alle* ge-

lernt und sind geübt im Einstecken von Niederlagen. Gut für die Partei wäre es, wenn die Überlegenen den Unterlegenen dabei helfen würden.

In den fünfzehn mir zugestandenen Minuten ist es mir kaum möglich, alles auf den Tisch zu legen, was für diesen Austritt spricht. Lasst mich deshalb die Stimmung wiedergeben, in welcher sich jene von uns befinden, die es so nicht mehr aushalten, deren Ehre und Würde als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verletzt ist,